

Leipziger LandkreisPost

NR. 02

ZEITUNG DES AFD-KREISVERBANDES LANDKREIS LEIPZIG

KOSTENLOS

Bild: Pixabay/Alexas_Fotos



Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!

**Freiheit ist nicht Freiheit zu tun,
was man will, sie ist die
Verantwortung, das zu tun,
was man tun muss.**

Yehudi Menuhin

Liebe Leser,
viele positive Leserbriefe und Rückmeldungen erhielten wir nach der Erstausgabe unserer LandkreisPost. Vielen Dank dafür! Nun halten Sie die zweite Ausgabe in den Händen. Es gibt wieder viel zu berichten, was in unserem Landkreis Leipzig – aber auch darüber hinaus – so vor sich geht.

Momentan hält uns die Corona-Diktatur mal wieder fest. Ich kann nur an jeden appellieren gegen das Unrecht auf die Straße zu gehen! Es

geht um unsere Freiheit! Steht auf für die Zukunft unseres Landes und die Zukunft unserer Kinder und Enkel!

Dazu kann ich nur hinzufügen: Sapere aude! Oder nach Immanuel Kant „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Mittlerweile hat die WHO bestätigt, dass Corona nicht tödlicher als die saisonale Grippe ist. Trotzdem gibt es wieder einen sogenannten „Lockdown“. So darf und kann es nicht weiter gehen! Genau deshalb müssen wir mit einem friedlichen Protest auf die Straße gehen.

Vor kurzem wurde ich bei unserer Aufstellungsversammlung mit überragender Mehrheit zum Bundestagdirektkandidaten für den Landkreis Leipzig gewählt. Ein „Großes Danke“ an meinen Kreisverband für

das Vertrauen! Es wäre mir eine große Ehre, Sie ab der nächsten Legislaturperiode im Bundestag vertreten zu dürfen!

Liebe Leser, ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre, ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr! Für Kritik, Verbesserungsvorschläge oder auch Lob sind wir erreichbar unter leserbrief@afd-landkreisleipzig.de.

Bleiben Sie gesund,
Ihr Kreisvorsitzender



Edgar Naujok
Kreisvorsitzender der AfD
im Landkreis Leipzig

REAKTIONEN UNSERER LESER

Die Rückmeldungen nach der ersten Nummer der LandkreisPost waren äußerst positiv und ermutigend. Vielen Dank dafür! So wurde etwa vom Leser D.R. beteuert, dass diese Zeitung „notwendig“ sei, da dadurch insbesondere die Basis vor Ort zur Sprache komme. Tatsächlich war das eine wichtige Intention im Vorfeld.

Wörtlich schrieb Herr André Dreilich aus Borsdorf: „(...) heute ist die LandkreisPost in meinem Briefkasten gelandet. Mein Fazit als berufsmäßiger Schreiberling: Lesenswert, hin und wieder ein wenig „spitz“ (find ich gut) und auf den Punkt gebracht. Das Geknurre der anderen Seite wird sich prompt einstellen, aber das ist gut so.“

Zugleich wurden etliche Vorschläge gemacht, was man alles noch thematisieren sollte, wie etwa Gastbeiträge von namhaften Akteuren der AfD oder Anliegen von Frauen und Jugendlichen usw. Gerne kommt das Redaktionsteam solchen Anregungen entgegen, wie Sie es aus der aktuellen Nummer entnehmen können! Denn die LandkreisPost möchte nicht allein Sprachrohr des Kreisvorstandes sein, sondern Forum für einen intensiven Austausch untereinander. Konstruktive Anregungen und kritische Rückmeldungen sind daher gerne willkommen!

Ihre Schriftleitung



STRASSENAUSBAUBEITRÄGE GEKIPPT. EIN GUTER TAG FÜR GRIMMA!

Am 22. Oktober 2020 stimmte der Stadtrat der Großen Kreisstadt Grimma über den wiederholt eingebrachten Antrag der AfD-Fraktion „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ ab.

Als wir 2019 zu den Kommunalwahlen antraten war uns bewusst, dass die Abschaffung der Straßenausbaugebühren-Satzung eine wichtige Aufgabe werde. Seit Jahren ist die Erhebung dieser Gebühren ein Auslaufmodell in ganz Deutschland.

In der Diskussion zitierten wir auch den Vizepräsidenten des Verbandes der Grundstücksnutzer Lothar Blaschke mit den Worten: „Die Abschaffung in den Bundesländern zeigt, dass die Straßenausbaubeiträge bundesweit ein Auslaufmodell sind. Und nicht nur dort, wo Landtagswahlen anstehen, wie oft behauptet wird, sondern flächendeckend. Es ist den Anliegern einfach nicht mehr zu vermitteln, dass sie zur Kasse gebeten werden für einen imaginären wirtschaftlichen Vorteil, der ihnen angeblich durch den Ausbau der Straßen entsteht, an der sie zufällig wohnen und die von der Allgemeinheit genutzt wird“.

In vielen Bundesländern sind die Straßenausbau-Satzungen per Gesetz abgeschafft worden, wie z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bayern oder Hamburg.

In Sachsen gibt es noch die „Kann-Bestimmung“. Hier können die Gemeinden selbst bestimmen, ob sie die Beiträge erheben wollen oder nicht. Am 02.06.2020 lehnte MP Kretschmer bei einem Besuch in Grimma die Abschaffung in Sachsen

ab. Er meinte: „Die Erhebung der Ausbaubeiträge sind ein Ausdruck der Demokratie“. Diese Aussage hat sicher die Entscheidung bei manchem Stadtrat erleichtert.

Viele der Mitglieder der im Stadtparlament vertretenen Wählergemeinschaften waren auch gegen die undemokratischen Gebühren. Nach einer fruchtbaren und – ich muss zugestehen – sehr sachlich-fairen Aussprache kam es zu einer klaren Entscheidung: 11 Stimmen dafür, sieben Stimmen dagegen und 2 Enthaltungen. Viele Gemeinden in Sachsen sind schon diesem Weg gefolgt, wie etwa die Städte Dresden, Leipzig, Meißen, Bautzen, Zittau und zuletzt auch Taucha.

Unverständlich sind die zwei Gegenstimmen der Linken. Unsere sachsenweit bekannte „Nazijägerin“ Frau Köditz muss nun ihren Anhängern irgendwie erklären, warum sie möchte, dass ihre Wähler den Beitrag weiter hätten zahlen sollen. Die Einwohner werden es uns danken, denn ihnen fällt ein Stein vom Herzen.

Wir in Grimma sind auf einem guten Weg und die ersten im Landkreis Leipzig mit diesem Ergebnis! Unser Wunsch ist: folgen Sie unserem Beispiel und setzen auch Sie ein Zeichen!

Es war ein guter Tag für die Demokratie in Grimma und im Landkreis Leipzig!



von
Helmut De Vecchis
AfD-Fraktion im
Stadtrat Grimma

AUS DER GEMEINDE BORSODORF: PANITZSCHER ERINNERUNGSKULTUR

FRAGEN ÜBER FRAGEN



Bilder: privat

Nach Ende des Ersten Weltkrieges sammelten die Einwohner der Gemeinde Panitzsch mehr als 25.000 Mark zur Errichtung eines „Krieger-Ehrenmales für die im Felde Gefallenen und Vermißten der Gemeinde Panitzsch“. Am 2. Juli 1922 erfolgte ab 2 Uhr am Nachmittag unter Mitwirkung des Leipziger Reichwehr – Infanterie – Regimentes Nr. 11 die Weihe des Ehrenmales. Es steht heute noch auf dem Friedhof der Kirchgemeinde Panitzsch.

Im Jahr 2006 regte eine Bürgerinitiative an, auch der Gefallenen und Vermissten des Zweiten Weltkrieges in geeigneter Form an diesem Ehrenmal zu gedenken. Inzwischen gehörte Panitzsch zur Gemeinde Borsdorf und so vergingen noch mehrere Jahre, bis seit einem Gemeinderatsbeschluss auf zwei beigestellten Tafeln 75 Namen an die aus Panitzsch recherchierten Kriegstoten der Jahre 1939 – 1945 am Denkmal erinnern. Im Oktober

2020 stellten interessierte Einwohner während einer Begehung der in den Ortsteilen Borsdorf, Panitzsch und Zweenfurt vorhandenen Kriegerdenkmale fest, dass namentlich die Panitzscher Steintafeln vermoost und die Inschriften z. T. nicht mehr lesbar waren.

Kurzerhand säuberten diese Bürger die Tafeln im Vorfeld des Volkstrauertages, präsentierten die Ergebnisse (vgl. Fotos anbei) während der Gemeinderatssitzung am 21. Oktober 2020 und boten dort an, für eine regelmäßige Säuberung künftig selbst zu sorgen, da die zuständige Gemeindeverwaltung das bislang versäumt hatte.

Eine Antwort der Bürgermeisterin Frau Kaden auf dieses Angebot der Bürger steht noch aus...



Da wir natürlich bestrebt sind unseren Wählerauftrag zu erfüllen, stellen wir auch Anfragen.

Wie hilft der Landkreis mit, vornehmlich klein- und mittelständische Betriebe bei Planungsverfahren ihrer Firma zu unterstützen? Die AfD-Fraktion möchte wissen:

Wie lange ziehen sich Baugenehmigungen und Planungsverfahren in 2020 von Antragseinreichung bis Genehmigungserteilung zeitlich hin?

Wie war die Zeitschiene für Anträge im Jahr 2018?

Lässt sich vom Kreis aus überprüfen, wie viele bleibeberechtigte Asylanten seit 2015 in ebensolchen Firmen eine Anstellung bekommen haben?

Gibt es seitens des Landkreises Bestrebungen die Mitarbeiter-Probleme zu lösen?

Gefragt wurde es im Kreistag am 7. Oktober 2020. Sieben Wochen wartete ich auf eine Antwort.

Übrigens: Wenn es wieder geht, werden wir in Borna einen Stammtisch im Gasthof Zedtlitz organisieren. Den genauen Termin erfahren Sie von mir, Michael Krause, über den Anschluss unseres Büros (03433 2648374) oder über unsere AfD-Kreisseite im Internet.

Zahlreiches Erscheinen ist gern gesehen, auch von unserer gebeutelten Gastronomie, sofern dies unsere ÜBERKANZLERIN zulässt.



HALT MAL!

Seit Anfang des Jahres streite ich für die sinnvolle Nutzung von zwei Bushaltestellen in Parthenstein/ OT Pomßen, habe den Landrat sowie die Regionalbus Leipzig GmbH angeschrieben. Wir haben in Pomßen zwei vollständig ausgebaute Bushaltestellen mit Wartehäuschen und erhöhtem Bordstein. Der Einstieg kann barrierefrei erfolgen.

Die 2019 vorübergehend eingerichtete (temporäre) Haltestelle am Brauteich in der Ortsmitte wurde nach einer Testphase von einem Jahr vom Gemeinderat einstimmig abgelehnt bzw. die Genehmigung 2020 nicht verlängert, da:

- die großen Busse kaum die engen Kurven um den Brauteich bewältigen können und die Poller (Randbefestigungen) beschädigen;
- die Zuwege ständig von Kunden der Bäckerei zugesperrt sind und der Bus warten und hupen muss, um weiterfahren zu können;
- ein dauerhafter Ausbau der Haltestelle „Am Brauteich“ viel Geld kosten würde und dafür die vorhandenen Pendlerparkplätze weichen müssen.

Wir benötigen im Ort keine weitere Bushaltestelle, da es bereits zwei komplett barrierefrei ausgebaute Bushaltestellen mit Schutzhaus gibt.

Die Pomßener Einwohner aus dem Ortskern und aus der Großsteinberger Straße haben den Wunsch, dass an der Bushaltestelle in der Schulstraße nicht nur der Schulbus, sondern auch die Linie 690 hält.



Bild: Pixabay, Gerd Altmann

LEITBILD DER JUGENDARBEIT?

Bei der Sitzung des Gemeinderates Großpösna am 21.09.2020 stellte die Bürgermeisterin ein Leitbild der Kinder- und Jugendarbeit zur Abstimmung. Die Rundschau, Amtsblatt der Gemeinde Großpösna, hat es am 2. Oktober 2020 veröffentlicht. Wir, die drei Gemeinderäte der AfD hielten dagegen.

Warum? Das ist schon zu erkennen, aus den „Leitsätzen 1 und 2“: „Die Umsetzung der allgemeinen pädagogischen Ziele, zu denen die Förderung sozialer Kompetenzen ebenso gehört, wie die humanistische und demokratische Bildung, erfordert (...) Die politische Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist das demokratische Prinzip (...) Die politische Teilhabe der Kinder und Jugendlichen ist uns wichtig.“ Insbesondere wegen dieser „politischen Teilhaben“, worauf die von der SPD nominierte Bürgermeisterin bestand, stimmten wir als AfD dagegen! Wir wissen, was „politisch“ heißt, doch wer sensibel auftreten will, der lässt das Wort „politisch“ weg, denn dies wird immer von Vielen gleich parteipolitisch hinterfragt und auch so gesehen – und übrigens nicht nur in unserem eigenen Umfeld, wie uns von der Bürgermeisterin vorgeworfen wurde!

Der Gemeinderat hatte sich einmal zu Beginn der Legislaturperiode darauf geeinigt, parteiübergreifend

zum Wohle der Bürger von Großpösna zu agieren. Dennoch muss ein jeder gewählter Vertreter auch die Belange seiner Wählerschaft respektieren – dies alles muss in Eintracht gebracht werden! Trotzdem gibt es immer wieder Versuche der „Umerziehung“. Diese Impulse kommen stets aus dem gleichen, SPD-geführten Ministerium in Dresden und diese sollen hier, besonders in Großpösna, als sogenannte „Pilotprojekte“ durchgeführt werden!

Dabei gibt es schon: die Beteiligungen der Bürger in den Bürgerfragestunden; Einwand- und Meldebögen; Bürgerentscheide und -begehren können schon ab 5% durchgeführt werden; auch Jugendparlamente können Entscheidungen mit beeinflussen.

Stattdessen bereitet sich die Gemeinde darauf vor, bestimmte Meinungen und Leitlinien mit viel Geld der Steuerzahler zu finanzieren. Es darf aber keine politische oder ideologische Indoktrination der Kinder und Jugendlichen durch die Gemeindeverwaltung geben! Die Erziehung (auch die politische) obliegt zuerst dem Elternhaus. Alles andere hatten wir schon einmal; Junge Pioniere, FDJ und SED.

NICHT GELOGEN, ABER AUCH NUR DIE HALBE WAHRHEIT.

Der Gemeinderat von Machern hatte am 25. Mai 2020 mehrheitlich einem Sachantrag der Fraktion Gemeinsam Machern, der die Vergabe der Grünpflege in Machern an die Firma HBB Müller GmbH Bennewitz vorsah, mit neun Ja- gegen sieben Neinstimmen zugestimmt (eine Stimme galt als befangen). Er widersprach jedoch zugleich mit ebenfalls neun Nein – gegen sieben Ja-Stimmen der Vergabe dieser Leistung an die Firma einer CDU-Gemeinderätin.

Der Bürgermeister legte daraufhin – nach Zuruf aus der Verwaltung – gegen den Beschluss des Gemeinderates sein Veto ein.

Bei der darauffolgenden Abstimmung zum gleichen Sachverhalt, wo es nur darum ging, den Gemeinderat doch zur Vergabe der Leistung an die einer CDU-Gemeinderätin gehörenden Firma „Macherner Grünprofis“ zu nötigen, verweigerte der Gemeinderat mit acht Nein- gegen sieben Ja-Stimmen erneut seine Zustimmung.

Bürgermeister Carsten Frosch legte aber erneut sein Veto ein und der Beschluss wurde einer Prüfung durch das Landratsamt Borna (Rechtsaufsicht) unterzogen. Dieses stellte mit Schreiben vom 21.07.2020 fest, dass die Ausschreibung zu wiederholen sei. So viel zum Sachverhalt.



Bild: privat

Im Gemeindeblatt Machern Ausgabe 9/2020 wurde nun nicht ganz wahrheitsgemäß berichtet, dass der vom Bürgermeister eingebrachte Antrag vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt worden sei – alles andere wurde mit keiner Silbe erwähnt! Damit drängt sich der Verdacht auf, es sollte kommuniziert werden, dass einige Gemeinderäte keine ordentliche Grünpflege im Ort wollten.

Auf der Gemeinderatssitzung am 28.09.2020 beanstandeten das die Mitglieder der Fraktion Gemeinsam Machern. Seitens der AfD-Fraktion im Gemeinderat wurde Bürgermeister Frosch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Gemeindeblatt wahrheitsgemäß berichtet werden müsse, damit der Bürger keine falschen Schlüsse durch das Vorenthalten von Informationen zieht.

Die öffentliche Entschuldigung in dieser Sache durch Bürgermeister Frosch in der Oktober-Ausgabe des Gemeindeblatt Machern kommt hoffentlich durch Einsicht und Erkenntnis und nicht allein durch den Druck zustande, dem er sich mit der halbweisen Veröffentlichung in der September-Ausgabe des Gemeindeblattes im Gemeinderat ausgesetzt sah.

Wir als AfD bleiben im Interesse unserer Wähler dran, denn diese vermeintlichen „Kleinigkeiten“ sind es, die in der Summe den Bürgern einen falschen Eindruck vermitteln von dem, was wirklich passiert und wer die Verantwortung dafür trägt!



von
Ingo Arndt
AfD-Fraktion im
Gemeinderat Machern

ZÄHES IN BÖHLEN



Bild: Pixabay, angelolucas

Vor nun einem Jahr stellte uns im Stadtrat der Trägerverein des Evangelischen Gymnasiums, der Lernwelten e.V. sein Projekt in Großdeuben vor. Fünf bis sechs Millionen Euro will er in einen Anbau und eine Turnhalle investieren. Wir, die AfD-Stadtratsfraktion unterstützen dies, haben sogar einen eigenen Antrag dazu im Stadtrat eingebracht. Doch viel zu lange zieht sich das Genehmigungsverfahren nun schon hin!

Apropos Großdeuben: Auch dreieinhalb Jahre nach der Schließung des dortigen Konsums ist eine Einkaufsmöglichkeit vor allem für die älteren Bürger noch nicht in die Tat umgesetzt. Ein vorgesehenes Grundstück gibt es, auch Pläne für eine Arztpraxis. Die AfD-Fraktion möchte eine Klärung im positiven Sinne und eine Bebauung zur Zufriedenheit aller Großdeubener Bürger.

Ein Jahr währt es nun auch, dass die Böhlener Bürger auf weitere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Nettomarkt warten. Nur acht sind derzeit vorhanden.

Unser Stadtrat Hans-Jürgen Krebs korrespondiert wegen dieses Problems mit der Geschäftsführung des Unternehmens. Leider warten wir immer noch auf eine Antwort!



von
Ingo Weitzmann
AfD-Fraktion im
Stadtrat Böhlen

DEM BÜRGER WIRD TIEF IN DIE TASCHE GEGRIFFEN!

René Opolka ist für die AfD Stadtrat in Wurzen. Die LandkreisPost traf ihn in seiner Heimatstadt.

LandkreisPost: René, Du bist Stadtrat in Wurzen, kannst Du mir sagen, in welchem Rahmen Du arbeitest?

René Opolka: Wie in vielen Stadträten haben wir als AfD das Problem, dass wir gewonnene Sitze nicht besetzen können. Ursprünglich vier Kandidaten wurden über die AfD-Liste in den Wurzener Stadtrat gewählt. Einer ist verzogen, ein Mitglied, unser Freund Tilo Oldenburger, ist verstorben. Nachrücker haben wir nicht. Wir, d.h. Nancy Aßmann und ich, sitzen nun zu zweit im Stadtrat.

LandkreisPost: Gibt es etwas, was Dich überrascht hat in Deiner Stadtratsarbeit?

René Opolka: Erstaunt war ich doch, wie tief und schamlos dem Bürger in die Tasche gegriffen wird.

LandkreisPost: Zum Beispiel ?

René Opolka: Zum Beispiel leistet sich die Stadt seit 3 Jahren zwei „City-Manager“, welche die Innenstadt beleben sollen. Welche Leistung sie erbringen, bleibt nicht nur mir verborgen. Immerhin werden dafür knapp 40.000 Euro pro Jahr bereit gestellt.



Verborgen bleibt zum Beispiel auch, welchen Nutzen über 40.000 Euro aus dem Stadtsäckel plus Fördermittel in Höhe von fast 30.000 Euro für ein Projekt namens Zenapa bringen sollen. Die Abkürzung steht für Zero Emission Nature Protection Areas. Da gibt es dann 12 „Masterpläne“ zu CO₂-Ausstößen, Artenschutz und Klima, deren Bezug zu einer kommunalen Verwaltung sich mir nicht erschließt.

LandkreisPost: Erst kürzlich hat die Stadt einen Rechtsstreit vor dem Oberlandesgericht verloren?

René Opolka: Ja, es ging um die Teilkündigung eines Generalpachtvertrages für Kleingärten. Eine Niederlage war absehbar. Der Oberbürgermeister hatte bestimmte Vorgaben der städtischen Hauptsatzung übersehen. Auch deshalb haben sowohl AfD als auch Neues Forum im Stadtrat versucht, die Stadt von diesem Prozess abzuhalten. Leider ohne Erfolg. Auf die Frage, welche Kosten

dadurch auf die Stadt zukommen, haben wir bis heute keine Antwort erhalten.

LandkreisPost: Als Stadträte seid Ihr ja dazu gewählt, die Verwaltung zu beobachten und nötigenfalls zu hinterfragen?

René Opolka: Genau, allerdings stehen wir da vor einem weiteren Problem. Eine Kontrolle ist für uns auf vielen Gebieten kaum möglich. So werden gestellte Fragen nicht oder erst nach mehrmaligem Mahnen beantwortet. Dies betrifft aber nicht nur uns, sondern auch andere Fraktionen.

So gibt es z. B. seit längerer Zeit in Wurzen Probleme bei der Umsetzung von Sanierungsarbeiten am Geburtshaus von J. Ringelnatz. Die LVZ schrieb von einem Schwarzbau. Der OBM bat alle Fraktionen des Stadtrates zu einer Info- Veranstaltung. Nicht mit eingeladen waren die Vertreter von AfD und NFW. So lässt man fast 1/3 der Wähler der letzten Kommunalwahl einfach links liegen.

LandkreisPost: Danke für das Gespräch.

René Opolka: Bitte, gern.



im Interview
René Opolka
AfD-Stadtrat in
Wurzen

Wie ist doch die Zeitung interessant

(frei nach Hoffmann von Fallersleben)

Wie ist doch die Zeitung interessant für unser liebes Sachsenland!

Was haben wir nicht schon alles vernommen!
Eine „First Lady“ ist in Leipzig niedergekommen.
Ein Minister hat Quarantäne genommen
und vom Kanzlei-Amt haben wir vernommen:
Vom Weihnachtsmarkt wird Abstand genommen!
Ein CORONA-Prophet hat einen Orden bekommen.
Wie Interessant! Wie interessant!
Gott segne das liebe Sachsenland!

Wie ist doch die Zeitung interessant für unser liebes Sachsenland!

Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Frau Leutnant ist beinah` LeutnantIn geworden,
Greta ist wieder daheim in den Fjorden,
Darf man laut Scharia in Dresden morden?
Kein Sachse hat sich als KanzlerIn beworben,
Zur richtigen Zeit ist es Herbst geworden!
Wie interessant! Wie interessant!
Gott segne das liebe Sachsenland!

„MORIA STATT SAUERKRAUT“ IN NEUKIERITZSCH



Bild: privat

Die Sitzung am 7. Oktober 2020 in der Parkarena der wunderhübschen Gemeinde Neukieritzsch (siehe Ansichtskarte) hätte vermutlich nach Meinung der Linkspartei unter dem Motto: „Moria statt Sauerkraut“ stattfinden sollen! Doch zu Moria später...

Der Tagungsort Neukieritzsch war bekanntlich bis vor wenigen Jahren die Sauerkrauthauptstadt Mitteldeutschlands – hier wurde nach überliefertem Verfahren und einer Rezeptur aus dem Jahr 1927 ohne jegliche Wärmebehandlung ein pikantes Sauerkraut erschaffen, das leider nicht mehr produziert wird und heute nur noch vom Nachruhm zehrt.

Einigermaßen politisch pikant erwiesen sich bei den Kreistagsthemen die notwendigen Neubesetzungen von Ausschüssen und anderen Gremien des Kreistages, bei denen die AfD-Vorschläge von den sonstigen Fraktionen bei identischer Rechtsgrundlage sowohl mehrfach bestätigt, als auch mehrfach abgelehnt wurden. Ob die Ablehnun-

gen einer juristischen Überprüfung standhalten...?

Die Gebühren für eine Pflichtaufgabe des Landkreises – die öffentliche Abfallentsorgung – steigen erneut ab 1. Januar 2021 für alle Kreiseinwohner, also sowohl für die Nutzer, als auch für die Nichtnutzer der „BIOTONNE“.

Gleichzeitig wird die Mindestleerung der Restmülltonne nur noch dreimal im Jahr erfolgen, und die deutlichen Einnahmen des Landkreises bei der Verwertung des Inhaltes der Biotonnen führen anscheinend auch nicht zur Gebührenreduzierung.

Wieder waren es die AfD-Kreisräte allein, die der die Preisspirale fortsetzenden neuen Abfallgebührensatzung ihre Zustimmung versagten und damit inhaltsgetreu ihrem Kreiswahlprogramm folgten.

Im fast letzten Beratungspunkt 23 versuchte die Linkspartei mit schwach vorgetragenem Antrag eine Kreistagsmehrheit für die Aufnahme von „Flüchtlingen aus MORIA“ durch den Landkreis Leipzig herbeizure-

den. Die Linken scheiterten trotz geschlossener rot-rot-grüner Abstimmungsallianz in dieser Sache.

Schlimmer für die Linken war es übrigens eine Woche später beim Kreistag Nordsachsen in Oschatz, wo ein ebensolcher Antrag unisono von allen anderen Kreisräten, also auch von der SPD und den Grünen, keine Zustimmung erhielt. Ein Kreisrat lehnte es im Oschatzer Auditorium unwidersprochen ab, „Brandstifter hierher zu holen“.

Die abschließenden „Anfragen der Kreisräte“ nutzte in Neukieritzsch die jüngst aus der Linkspartei ausgetretene Frau Kreisrätin Dr. Brunzlauff zu einer umfassenden Kritik an den CORONA-Maßnahmen im Land. Leider verließen während ihrer Erklärung 12 Kreisräte mehrerer Fraktionen die Sitzung vor ihrem Ende. Letztlich erklärte der Landrat, dass er der Fragestellerin auch nicht helfen könne.

Dann war Schluss und das war das Beste, was man über diesen Kreistag sagen kann. Nach offiziellem Ende verabschiedete sich der ehrenwerte Kreisrat E. H. R. G. (Die Linke) beim Landrat Henry Graichen mit dem Bemerkung, „er müsse heute schnell nach Hause wegen der anstehenden Feier zum heutigen (7. Oktober!) Republikgeburtstag“. Landrat Graichen nahm es gelassen, hatte er doch die 7. Sitzung des Kreistages ohne große Herausforderungen in seinem Heimatort auch ohne Sauerkraut über die Bühne gebracht.



von
AfD-Fraktion
im Kreistag
Landkreis Leipzig

KLIMASOZIALISMUS ALS IRRWEG – REDE VON MDL JÖRG DORNAU AM 28.08. IN GRIMMA



Bild: privat

Viele von uns Älteren wissen es noch aus eigenem Erleben, den Jüngeren empfehle ich den Blick nach Venezuela: von dort kommen derzeit mehr Flüchtlinge nach Deutschland als aus dem Nahen Osten. Dieser Blick in ein sozialistisches Paradies der Gegenwart und unsere Erfahrung lassen eines erkennen: Sozialismus löst keines der Probleme, vor die die Menschen täglich gestellt werden! Was wurde in der Vergangenheit von Sozialisten nicht alles beteuert: Karl Marx etwa ersann die automatisch mit dem Kapitalismus einhergehende Verarmung der Massen - stattdessen ging es den Werktätigen nirgendwo besser als im kapitalistischen Westen. Denn während DDR-Bürger z.B. Jahre auf die Zuteilung eines Trabants warten mussten, konnte sich der „unterdrückte Lohnsklave“ im Westen mühelos einen dort hergestellten VW, Audi, Ford, Opel oder BMW leisten. Oder: Die Revolution müsse zuerst in den entwickelten Industriestaaten ausbrechen, wo wenige Plutokraten den meisten

Reichtum angehäuften hätten. Ausgebrochen ist sie jedoch im rückständigsten, von einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung weit entfernten Land – im Zarenreich.

Die Nationalsozialisten erstrebten einen germanischen Staat mit Vollversorgung. Aus Unternehmern wurden „Betriebsführer“, die ihren Beitrag zur Erfüllung der Vierjahrespläne der braunen Sozialrevolutionäre zu leisten hatten. Wie alle anderen Volksgenossen hatten sie reibungslos wie Rädchen im Getriebe zu funktionieren. Wie wir wissen, ist das Experiment „Sozialismus“ in allen seinen Facetten gescheitert. Große Leichenberge gehörten oft zur Hinterlassenschaft. Ab 1989 zerfielen der Warschauer Pakt, die Sowjetunion, die DDR – und somit war der „real existierende Sozialismus“ gescheitert. Damit war auch die westliche Linke ihres ideologischen Leitsterns beraubt.

Bis heute bleiben Sozialisten übrigens die Antwort schuldig, welche sinnstiftende Wirkung ein Leben in

Armut und Elend – wie beispielsweise derzeit in Venezuela – entfaltet. Konsumkritik galt deshalb fortan als das Zauberwort, um die sozialmarktwirtschaftliche Ordnung in Verruf zu bringen. Materieller Wohlstand allein erfülle das menschliche Leben nicht mit Sinn. Da die meisten Menschen aber nun ein besseres Leben dem schlechteren vorziehen, verfiel diese Parole nicht. Zu frisch war noch die Erinnerung an eine Zeit, als dieser Wohlstand nur Parteikadern und ihren Günstlingen vorbehalten war.

Gegenwärtig scheint die Klimareligion ein wirksames Instrument zu sein, am Rad der Geschichte zu drehen. Die Ideologie der sogenannten „Klimarettung“ offenbart sich als Kombination aus Katastrophenbeschwörung und utopischer Hoffnung auf Erlösung durch Wind, Sonne, Elektroautos und Veggie-Burger. Sie ist totalitär, da sie sich in alle Lebensbereiche, selbst in die privatesten hineindrängt. Keine Sport-, Kultur- oder Kochsendung,

kein Kinderfilm, kein Krimi ist beinahe mehr frei von Warnungen vor der nahenden Klimakatastrophe. Die Klimahysteriker aller Parteien, Universitäten und Mainstreammedien erklären mittlerweile der sozialen Marktwirtschaft offen den Krieg - rigorose Staatseingriffe, Steuern mit enteignender Wirkung sollen es richten.

Doch keinem dieser selbsternannten Priester*Innen der Klimareligion geht es um Rettung von Umwelt oder Klima - es geht nur um Macht und Geld! Ablasshandel durch uns ruinierende CO₂-Steuern sind nur der Beginn. „Wer in einer kohlenstoffbasierten Gesellschaft die Kontrolle über sämtliche CO₂-Emissionen an sich reißen will, ist drauf und dran, sich zum Herrscher über das Leben zu machen.

Angesichts der Qualität der handelnden Protagonisten eine erschreckende Vorstellung“ - heißt es in einem Beitrag des Mises-Instituts, denn „die Klimahysteriker haben es geschafft, das einzig wirklich drängende Problem dieser Tage, nämlich das gewaltige Bevölkerungswachstum in Teilen der islamischen Welt und Schwarzafrikas - und den daraus resultierenden Migrationsdruck auf Europa - vollständig aus den Schlagzeilen zu verdrängen. Alles blickt gebannt auf eine erfundene Gefahr, die in 100 und mehr Jahren die Menschheit angeblich in eine Katastrophe stürzen wird.“

Grüne Politik hat nichts mit Umweltschutz zu tun! Es gibt kein ökologisches Thema, bei dem die Grünen die seriöse Naturwissenschaft auf ihrer Seite hätten. Neben der seriösen Naturwissenschaft spricht auch alle ernstzunehmende ökonomische Literatur gegen sie - Logik und gesunder Menschenverstand oh-

nehin. Zudem ist eine gewisse Dynamik zu beobachten: Waldsterben in den 80ern durch sauren Regen - in den 90er stand aber der Wald in voller Blüte. Dann sollte das Ozonloch uns alle töten. Als Handys aufkamen und bezahlbar wurden war die Ursache fürs nächste Massensterben gefunden: tennisballgroße Tumore im Kopf. Rinderwahn, Hühnergrippe, Schweinegrippe folgten. Aktuell sterben wir an Feinstaub und Hitze durch „menschengemachten Klimawandel“. Jeden Monat, jede Woche wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben.

Der Ablauf folgt stets dem gleichen Schema: lückenhafte Faktenbasis, Medienhysterie und schließlich eilige Gesetze und Verordnungen zu Rettung der Allgemeinheit vor dem GAU. Die ganz große Zugnummer dabei heißt seit Ende 2019: Green New Deal. Die Verbote dieser verhängnisvollen Politik haben uns schon längst erreicht. Der von Prof. Schellnhuber 2012 auf mehr als 500 Seiten vorgelegte Plan „Die Große Transformation“ - allein der Titel erinnert mich mit Schaudern an die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ oder Maos „Großen Sprung“ - befindet sich in der Umsetzung. Die Grundlagen unseres Wohlstands - individuelle Freiheit, freies Unternehmertum, Wettbewerb, Demokratie - sollen in Europa einer grünen Planwirtschaft zum Opfer fallen.

Die AfD stellt sich dem entschlossen entgegen! Wir fordern: Keine Chance dem Klimasozialismus! Es lebe die Freiheit!



von
Jörg Dornau, MdL
Landwirtschaftspolitischer
Sprecher der AfD-Fraktion im
Sächsischen Landtag

ERICH KÄSTNER: GROSSE ZEITEN

Die Zeit ist viel zu groß, so groß ist sie. Sie wächst zu rasch. Es wird ihr schlecht bekommen.

Man nimmt ihr täglich Maß und denkt beklommen: So groß wie heute war die Zeit noch nie.

Sie wuchs. Sie wächst. Schon geht sie aus den Fugen. Was tut der Mensch dagegen? Er ist gut.

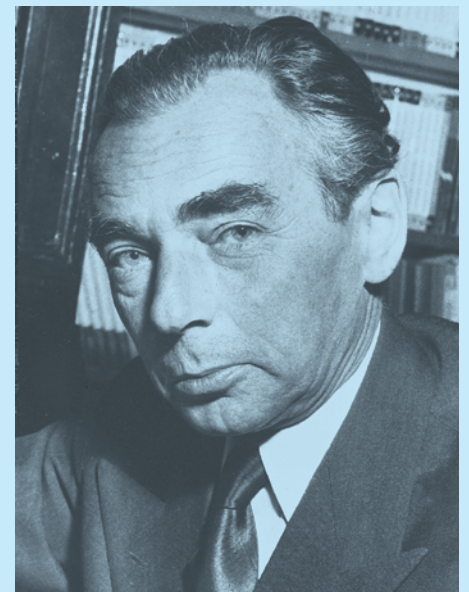
Rings in den Wasserköpfen steigt die Flut. Und Ebbe wird es im Gehirn der Klugen.

Der Optimistfink schlägt im Blätterwald. Die guten Leute, die ihm Futter gaben,

sind glücklich, daß sie einen Vogel haben. Der Zukunft werden sacht die Füße kalt.

Wer warnen will, den straft man mit Verachtung. Die Dummheit wurde zur Epidemie.

So groß wie heute war die Zeit noch nie. Ein Volk versinkt in geistiger Umnachtung.



BUNDESREGIERUNG VERWEIGERT ANTWORTEN ZU ORGANISIERTER KRIMINALITÄT IN MITTELDEUTSCHLAND – NICHT MIT JENS MAIER!

Das Bundeskriminalamt veröffentlicht jährlich ein Bundeslagebild zur Organisierten Kriminalität in Deutschland. Der Dresdner Bundestagsabgeordnete Jens Maier wollte mittels einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung in Erfahrung bringen, wie sich die Organisierte Kriminalität in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den letzten Jahren entwickelt hat. Er stellte umfassende Fragen dazu, welche Staatsangehörigkeit die Tatverdächtigen gehabt haben, welche Schäden durch die Organisierte Kriminalität bei uns entstanden und welchen Phänomenbereichen diese Kriminalitätsformen zuzuordnen sind. Die Bundesregierung verweigerte in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 19/20793) fast ausnahmslos die nötigen Antworten dazu. Zur Begründung führte sie aus, dass die Beantwortung eine weitergehende Auswertung der vorliegenden Daten erforderlich machen würden. Dies sei mit einem nicht zumutbaren Rechercheaufwand verbunden.

Damit hat sich Jens Maier selbstverständlich nicht zufriedengegeben, wobei es sich für ihn als nützlich herausgestellt hat, über die Rechtslage im Bilde zu sein. Er verwies in seiner weiteren Kleinen Anfrage darauf, dass die Bundesregierung nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Erfüllung des parlamentarischen Fragerechts alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten der Informationsbeschaffung auszuschöpfen hat. Dem Verantwort-



Bild: Pixabay, stux

tungsbereich der Bundesregierung unterfällt dabei die Tätigkeit der ihr unmittelbar nachgeordneten Behörden einschließlich der diesen von Dritten zur Verfügung gestellten Informationen, wenn und soweit sie für Entscheidungen oder sonstige Verwaltungsvorgänge relevant sind. Eine erschwerte Auswertbarkeit von Quellen vermag nicht generell die Beschränkung der Antwortpflicht auf dokumentierte Gegenstände zu rechtfertigen. Widerwillig räumte die Bundesregierung in ihrer zweiten Antwort (Bundestagsdrucksache 19/23439) ein, dass sie sich nunmehr der Rechtsauffassung von Jens Maier weitestgehend anschließt. Zumindest zu den Ermittlungsverfahren zur Organisierten Kriminalität in Mitteldeutschland, die von den Polizeien des Bundes sowie des Zolls geführt wurden, gab sie für die Jahre 2017 und 2018 eine aufschlussreiche Auskunft.

Die zunächst vorenthaltenen Antworten der Bundesregierung waren auch für Jens Maier mehr als nur alarmierend. Es zeigte sich, dass in Sachsen seit dem Jahr 2018 der Rauschgiftkriminalität eine höhe-

re Bedeutung für das organisierte Verbrechen zukommt. Ebenso spielen Schleusungskriminalität, Eigentumsdelikte sowie Steuer- und Zolldelikte eine entscheidende Rolle. Ernüchternd ist auch der Umstand, dass im Jahr 2017 der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei den genannten Ermittlungsverfahren in Sachsen 75,3 Prozent betrug und im Jahr 2018 bei 75,0 Prozent gelegen hat. Elf Tatverdächtige (2017) und acht Tatverdächtige (2018) je Gruppierung haben dabei in Sachsen durchschnittlich zusammengewirkt. Sage und schreibe 100 Prozent aller von der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt sowie dem Zoll geführten Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität in Sachsen hatten sowohl im Jahr 2017 als auch 2018 Bezüge ins Ausland. Zusammenfassend bleibt für Jens Maier ein deutlicher Eindruck. Die Bundesregierung hat inzwischen eingesehen, dass sie das parlamentarische Fragerecht von AfD-Abgeordneten nicht unzulässig beschneiden kann. Und: die Einführung flächendeckender Grenzkontrollen, die konsequente Strafverfolgung ohne Kuscheljustiz sowie die Umsetzung von Recht und Gesetz auf allen Ebenen gehören auch in Sachsen weiterhin zu den dringlichsten Aufgaben des Staates. Fazit: Wer unkontrollierte Zuwanderung sät, wird Schwere Kriminalität ernten.



von
Jens Maier, MdB
Mitglied der AfD-Fraktion
im Bundestag

BUCHEMPFEHLUNG: GUERILLA VON LAURENT OBERTONE, VERLAG ANTAIOS

Am 16. Oktober 2020 wurde in den Nachrichten gemeldet, dass ein Franzose auf offener Straße niedergemetzelt und anschließend geköpft wurde. Der Geschichtslehrer sprach zuvor in seiner Klasse über das Thema Freiheit und Meinungsfreiheit. Doch in einer nahegelegenen Moschee wurde nicht nur darüber gesprochen, sondern auch der Name des Lehrers wie die Adresse seiner Schule bekannt gegeben mit der Quintessenz, er „solle eines Besseren belehrt werden“.

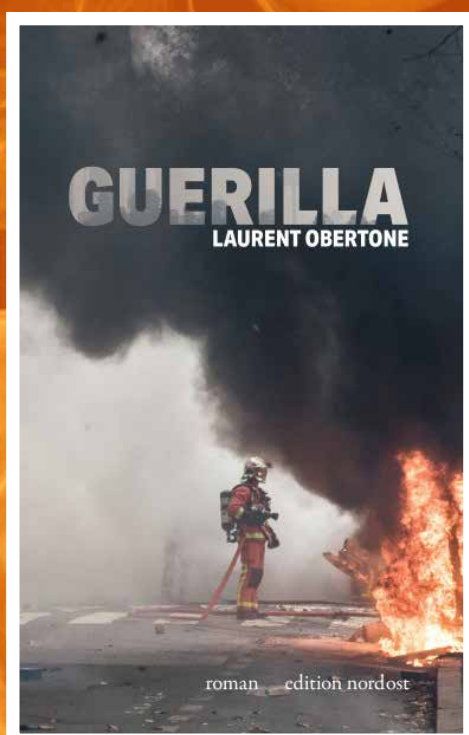
Diese Bluttat ist kein Einzelfall in Frankreich. Allein 2015/16 gab es gewaltsame Angriffe in den französischen Städten Charlie, Paris, Nizza, Rouen und in Nantes. Blutvergießen in der U-Bahn, in Einkaufszentren, auf Festivals oder in Schulen, die Hinrichtung eines katholischen Priesters während er die Heilige

Messe las – die Aufzählung ist keineswegs vollständig. Eine allzu unverkennbare Grundlage für einen Roman wie diesen: er beschreibt die letzten drei Tage der französischen Republik. Die Apokalypse beginnt mit einem Polizeieinsatz im 6. Bezirk der Hauptstadt, der aber eskaliert: der schon längst verunsicherte, weil öfter bedrohte und nunmehr verbitterte Polizeibeamte macht Gebrauch von seiner Schusswaffe, nachdem die von Drogen vollgepumpten Jugendlichen im Ausländerghetto den Polizeihund niedergestochen, einen Kollegen hinterlistig getötet und eine Polizistin tötlich angegriffen haben. Schnell wird nicht nur das Viertel, sondern ganz Frankreich zum Kriegsschauplatz: tonangebende Journalisten, jugendliche Aktivisten von NGOs, korrupte und narzisstische Politiker, kriminelle Bandenführer

und (einfältige) Gutmenschen verlangen Vergeltung an den „Bullenschweinen“, die als Urheber eines Unrechtsregimes bezeichnet werden. Medizinische, Strom- und Wasserversorgung, öffentliche Sicherheit usw. brechen zusammen und die Gesellschaft fällt auseinander. Zuerst werden die Luxusautos und die Geschäfte angezündet, dann die Schulen, die Mülltonnen und bald darauf – die Menschen. Wen tröstet es dabei, dass die ersten Opfer des Mobs die Aktivisten und die Gutmenschen werden?

Der Autor macht sich nicht grundlos darüber Sorgen, dass der einst so stolze gallische Hahn geschlachtet werden könnte, um nachher als Hähnchendonner zu enden. Die einstige „Grande Nation“ ist laut Obertone nur noch „ein eingebildeter Hahn in seiner eigenen Fäkalie“. Wie es dazu kommen konnte? Der Staat „verschleierte Feigheit als Tugend“, worin „der Westen ein Profi“ sei. Woher diese ungewöhnlich bissige Sprache? Der Autor recherchierte zwei Jahre, wertete Informationen und Berichte vom französischen Nachrichtendienst wie von Spezialisten für Terror- und Katastrophenabwehr aus.

Wie gespenstisch wirklichkeitsnah diese Dystopie ist, belegt die Tatsache, dass in Frankreich über 100.000 Exemplare verkauft wurden. Der Bestseller erschien 2019 auch auf Deutsch.





MITREDEN UND AKTIV WERDEN

Liebe Leser, wenn Sie auch mitreden und aktiv mitwirken wollen, werden Sie Mitglied oder unterstützen Sie uns als Förderer. Auch als Helfer im Bereich Organisation sind Sie gerne bei uns willkommen. Machen Sie mit! Seien Sie dabei, wenn es darum geht unser Land zu retten. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an! Den Mitgliedsantrag finden Sie auf unse-

rer Internetseite oder kommen Sie in unser Bürgerbüro Borna (Grabengasse 1) oder im Abgeordnetenbüro des MdL Jörg Dornau in Grimma (Frauenstraße 15) vorbei.

Unser Kreisverband ist auf Unterstützung angewiesen. Deshalb nehmen wir auch Ihre Spenden gerne unter der unten genannten Bankverbindung entgegen!

VIELEN DANK FÜR IHRE SPENDE!

AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig
IBAN: DE77 8609 5604 0307 1738 40
BIC: GENODEF1LVB

www.afdlandkreisleipzig.de

Herausgeber:

AfD-Kreisverband
Landkreis Leipzig
Grabengasse 1
04552 Borna



Tel.: 034205 409494
Fax: 034205 409495
E-Mail: geschaeftsstelle@afdlandkreisleipzig.de

V.i.S.d.P:
Edgar Naujok (Vorsitzender)



**AfD Landkreis Leipzig
im Web:**
afdlandkreisleipzig.de



**AfD Landkreis Leipzig
bei facebook:**
[facebook.com/
AfD.Landkreis.Leipzig](https://facebook.com/AfD.Landkreis.Leipzig)



**AfD Landkreis Leipzig
bei Twitter:**
twitter.com/AFDLKLeipzig



*Wir wünschen Ihnen
ein gesundes und
friedliches neues Jahr!*